



19.03.2009

**B e r i c h t**

zum **Landesgesetzentwurf Nr. 20/09:**  
*„Maßnahmen zur Unterstützung der Familie  
bezüglich des Zugangs zu den Diensten für  
Kinder der untersten Altersstufe im Erzie-  
hungs- und Bildungsbereich“* (eingebracht  
von den Abg.en Alessandro Urzì und Mauri-  
zio Vezzali).

\*\*\*\*\*

**Die Arbeiten der Kommission**

Die IV. Gesetzgebungskommission hat den Landesgesetzentwurf in der Sitzung vom 17. März 2009 behandelt. An den Arbeiten nahm auch der stellvertretende Direktor des Amtes für Familie, Frau und Jugend Herr Dr. Gerhard Mair teil.

Der Erstunterzeichner, Abg. Alessandro Urzì, erläuterte den Gesetzentwurf und erklärte, dass die Rolle der Familien und der Kindererziehung aufgewertet werden müsse und es eine Gesellschaft mit klaren Bezugspunkten brauche. Nach Ansicht des Abgeordneten Urzì muss die Einbindung der Kinder in ein harmonisches Umfeld sichergestellt werden, gleichzeitig muss jedoch das Recht der Mütter auf Verbleib am Arbeitsplatz bzw. auf Eingliederung oder Wiedereingliederung in die Arbeitswelt garantiert werden. Der vorliegende Gesetzentwurf zielt darauf ab, eine Förderung einzuführen, um die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, damit die Bedürfnisse der Arbeitswelt und jene der Familie unter einen Hut gebracht werden können, und zwar durch die Festlegung einer Reihe von Maßnahmen, um die Hürden zu beseitigen, die die Frauen an der Teilnahme am Arbeitsmarkt hindern.

Die Abgeordnete Martha Stocker wies darauf hin, dass der vorliegende Gesetzentwurf im Widerspruch zu den Maßnahmen stehe, die das Land in diesem Bereich ergriffen hat. Sie be-

**R e l a z i o n e**

sul **disegno di legge provinciale n. 20/09:**  
*“Interventi a sostegno della famiglia concer-  
nenti l’accesso ai servizi educativi e formativi  
della prima infanzia”* (presentato dai cons.  
Alessandro Urzì e Maurizio Vezzali).

\*\*\*\*\*

**I lavori della commissione**

La IV commissione legislativa ha trattato il disegno di legge provinciale nella seduta del 17 marzo 2009. Ai lavori ha partecipato il direttore sostituto dell’ufficio Famiglia, donna e gioventù dott. Gerhard Mair.

Il primo firmatario cons. Alessandro Urzì ha illustrato il disegno di legge sostenendo la necessità di valorizzare il ruolo della famiglia e quello dell’educazione dei figli in una società che possa vantare solidi riferimenti. Ad avviso del consigliere occorre garantire l’inserimento dei figli in un contesto armonico ma al tempo stesso appare necessario tutelare il diritto delle madri alla permanenza, all’inserimento ovvero al reinserimento nel mondo del lavoro. Obiettivo del presente disegno di legge è quindi quello di costituire un contributo per tentare di creare i presupposti per conciliare le esigenze lavorative con quelle familiari, mediante l’individuazione di una serie di misure e di interventi finalizzati alla rimozione degli ostacoli che limitano la partecipazione delle donne al mercato del lavoro.

La consigliera Martha Stocker ha rilevato come il presente disegno di legge si ponga in antitesi con quanto sta facendo la Provincia in questo settore. Ha infatti sottolineato come i

tonte, dass die Zuschüsse an Einrichtungen, öffentliche und private Vereinigungen oder Gemeinden, die Bildungs- und Erziehungseinrichtungen und -dienste für Kleinkinder ins Leben rufen, vor kurzem seitens des Landes erheblich angehoben worden sind, insbesondere zugunsten bedürftiger Familien, die diese Dienste und Einrichtungen in vielen Fällen unentgeltlich in Anspruch nehmen können. Die Abgeordnete wünschte sich weiters, die Landesregierung möge, entsprechend einer Empfehlung einer Arbeitsgruppe des Rates der Gemeinden, die Kindergartengebühren bzw. die Gebühren für alternative Dienste, die in den verschiedenen Gemeinden Südtirols erhoben werden, vereinheitlichen. Sie fügte hinzu, dass der vorliegende Gesetzentwurf dahingehend eine Überlegung wert sei, dass den Arbeitslosen die Möglichkeit eingeräumt wird, diese Dienste in Anspruch zu nehmen, wobei sie zusätzlich durch den Besuch von Aus- und Weiterbildungskursen zur Wiedereingliederung in den Beruf ebendiese Dienste unterstützen. Sie schloss ihre Ausführungen mit der Aussage, dass es notwendig sei, die Teilnahme an Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen in die Kriterien des Landes aufzunehmen, sofern dies noch nicht vorgesehen sei, damit die Hürden, die die Präsenz der Frauen auf dem Arbeitsmarkt behindern, aus dem Weg geräumt werden.

Abgeordneter Andreas Pöder sprach sich für den vorliegenden Gesetzentwurf aus, behielt sich jedoch vor, Abänderungsanträge dazu einzubringen, falls es zur Artikeldebatte kommen sollte. Seiner Meinung nach sollte man nämlich im Gesetzentwurf das Kriterium der dreijährigen Ansässigkeit, um in den Genuss der entsprechenden Förderungen zu kommen, anheben. Er erklärte sich mit dem Grundprinzip des vorgeschlagenen Gesetzentwurfes einverstanden, das, entsprechend den staatlichen Bestimmungen über die berufliche Fortbildung von Menschen, die einer ständigen Arbeit nachgehen oder arbeitslos gemeldet sind, den Besuch von Aus- und Weiterbildungskursen auch für Arbeitslose vorsieht. Dies würde den Hausfrauen, aber auch den Müttern, die lange keiner Beschäftigung nachgegangen sind und sich auch nicht arbeitslos melden können, die Möglichkeit bieten, berufliche Aus- und Weiterbil-

contributi in danaro destinati alle istituzioni, alle organizzazioni pubbliche e private o ai comuni che si occupano di dar vita a strutture e a servizi educativi e formativi per la prima infanzia siano stati di recente aumentati in maniera rilevante da parte della Provincia, con particolare attenzione anche alle famiglie disagiate per le quali l'accesso a questi servizi è in molti casi gratuito. La consigliera ha poi auspicato che la Giunta provinciale voglia provvedere, così come raccomandato anche da un gruppo di lavoro presso il Consorzio dei comuni, ad uniformare le tariffe delle rette degli asili e dei servizi alternativi nei vari comuni della Provincia. Ha aggiunto che il presente disegno di legge è degno di considerazione per la possibilità offerta alle persone disoccupate di fruire di questi servizi e concorrere contestualmente all'attività dei servizi stessi con l'ulteriore opportunità di seguire percorsi formativi e di aggiornamento ai fini di un reinserimento nel mercato del lavoro. Ha concluso affermando la necessità di recepire tra i criteri provinciali, nel caso in cui non fosse ancora previsto, proprio quello relativo alla partecipazione ad un percorso formativo al fine di rimuovere gli ostacoli che limitano la presenza delle donne nel mondo del lavoro.

Il consigliere Andreas Pöder si è espresso a favore del disegno di legge in esame, riservandosi altresì la possibilità di presentare eventuali emendamenti qualora il disegno di legge dovesse giungere alla fase di trattazione dei singoli articoli. A suo avviso occorrerebbe infatti aumentare il requisito della residenza triennale prevista nel provvedimento per beneficiare delle relative sovvenzioni. Ha dichiarato di condividere il principio cardine della normativa proposta, che stabilisce l'introduzione della possibilità di seguire corsi di formazione professionale anche per le persone disoccupate, analogamente a quanto previsto dalle leggi statali per lo sviluppo professionale di soggetti che risultano titolari di un impiego stabile ovvero iscritti nelle liste di disoccupazione. Ciò consentirebbe alle donne casalinghe ma anche alle mamme, che per lungo tempo non hanno avuto un'occupazione e che non hanno nemmeno la possibili-

dungsveranstaltungen zu besuchen. Abschließend äußerte er den Wunsch, das Land möge eine entsprechende Bestimmung erlassen.

Der Abgeordnete Thomas Egger wiederum hält den Inhalt des vorliegenden Gesetzentwurfes für eine Alternative zur von ihm vorgezogenen Variante der unentgeltlichen Inanspruchnahme dieser Art von Leistung. Dies auch, um zusätzliche Bürokratie zu vermeiden. Er kündigte jedenfalls an, für den Gesetzentwurf stimmen zu wollen, wobei er jedoch eine Anhebung der Ansässigkeitsdauer beantragen werde. Er unterstrich schließlich die Tatsache, dass sich die Fraktion der Freiheitlichen stets für Maßnahmen zugunsten der Kinder sowie für Erziehungs- und Bildungsleistungen für Kinder eingesetzt hat.

Der Abgeordnete Riccardo Dello Sbarba erklärte sich mit dieser Maßnahme einverstanden, die den Zweck verfolgt, die Situation der Familien und insbesondere der Frauen zu verbessern, die ja stets darum bemüht sind, die Bedürfnisse von Familie und Beruf in Einklang zu bringen. Weiters hob er lobend die Forderung nach einer dreijährigen anstatt einer fünfjährigen Ansässigkeit hervor, die normalerweise für andere Maßnahmen gilt. Sollte der Gesetzentwurf nämlich genehmigt werden, könnte dies eine Gelegenheit bieten, jene Maßnahmen neu zu diskutieren, die eine fünfjährige Ansässigkeitsdauer vorschreiben. Diesbezüglich erinnerte Dello Sbarba daran, dass in der Provinz Trient für sämtliche Sozialmaßnahmen lediglich eine dreijährige Ansässigkeit erforderlich ist.

Herr Dr. Gerhard Mair erläuterte in Vertretung des Assessorats für Gesundheit und Soziales die verschiedenen Formen der Erziehungs- und Bildungsleistungen für Kleinkinder, die als Alternative zu den Kinderkrippen geschaffen wurden und von denen es derzeit in Südtirol eine ganze Reihe gibt. Er zählte beispielsweise die Tagesmutterdienste, die betrieblichen Kindertagesstätten und die erst kürzlich per Landesgesetz Nr. 5/2008 erfolgte Einrichtung der Brückenabteilungen der Kindergärten für Kin-

dergärten. Er äußerte sich auch zu der Möglichkeit, sich bei der Anmeldung zu den Tagesmutterdiensten zu entscheiden, ob man sich für eine Tagesmutter oder eine Tagesmutterfamilie entscheidet. Er erwähnte auch die Möglichkeit, sich bei der Anmeldung zu den Tagesmutterdiensten zu entscheiden, ob man sich für eine Tagesmutter oder eine Tagesmutterfamilie entscheidet. Er erwähnte auch die Möglichkeit, sich bei der Anmeldung zu den Tagesmutterdiensten zu entscheiden, ob man sich für eine Tagesmutter oder eine Tagesmutterfamilie entscheidet.

Il consigliere Thomas Egger ha dichiarato di considerare quanto previsto dal presente disegno di legge quale seconda possibilità rispetto all'opzione, che lui ritiene preferibile, di non prevedere alcun onere finanziario per questo tipo di servizi. Ciò anche al fine di evitare nuova burocrazia. Ha comunque affermato di essere a favore del disegno di legge sul quale vorrebbe intervenire per modificare la durata della residenza. Ha sottolineato infine come il gruppo consiliare dei Libertari sia da sempre impegnato nel sostegno delle misure e degli interventi riguardanti l'infanzia e i servizi educativi e formativi a loro dedicati.

Il consigliere Riccardo Dello Sbarba si è dichiarato d'accordo con un provvedimento che persegue l'intento di agevolare le famiglie e in particolare le donne, che hanno da sempre la necessità di coniugare gli impegni familiari con quelli professionali. Ha poi apprezzato la scelta di prevedere il requisito della residenza triennale rispetto a quella quinquennale richiesta per altri tipi di provvedimento. Infatti qualora il disegno di legge venisse approvato, tale scelta potrebbe costituire l'occasione per tentare di ridiscutere i provvedimenti che prescrivono il requisito della residenza quinquennale e a tal fine ha rammentato che in Provincia di Trento vale la residenza di tre anni per tutti i provvedimenti a carattere sociale.

Il dott. Gerhard Mair, in rappresentanza dell'assessorato alle politiche sociali, ha illustrato le diverse forme di servizi educativi e formativi destinati alla prima infanzia e alternativi agli asili nido, presenti allo stato attuale in gran quantità in Alto Adige: ha citato i servizi di "Tagesmütter", le microstrutture e la recente istituzione, ad opera della legge provinciale nr. 5/2008, delle sezioni-ponte di scuole dell'infanzia riservate alle bambine e ai bambini di età compresa tra i 24 e i 36 mesi.

der im Alter zwischen 24 und 36 Monaten auf. Zu dem Hinweis der Abgeordneten Stocker in Bezug auf die erforderliche Vereinheitlichung der finanziellen Zuschüsse und der Tagessätze der Dienste erklärte Dr. Mair, dass die von der Landesregierung verfolgte Politik darauf abzielt, zusätzlich zur Gewährung von finanziellen Mitteln an öffentliche und private Vereinigungen in diesem Bereich gleichzeitig auch die Kosten zu senken. Er wies dabei darauf hin, dass das Land im Jahre 2008 6,2 Millionen Euro lediglich für die Betriebskosten der von den Gemeinden bzw. von verschiedenen privaten Vereinigungen organisierten Dienste ausgegeben hat. Das Land hat die Familien aber auch über direkte Förderungen unterstützt, zum Beispiel über das sogenannte Landeskindergeld für jedes Kind im Alter von bis zu 3 Jahren, welches vor kurzem auf 100 Euro angehoben wurde. In Bezug auf die Situation der bedürftigen Familien unterstrich Dr. Mair die Tatsache, dass neben den Fördermitteln für die Kinderbetreuung auch Sozialhilfemaßnahmen vorgesehen sind, wie zum Beispiel in diesem spezifischen Bereich die Senkung der Kosten für den Tagesmutterdienst. Diesbezüglich merkte Dr. Mair an, dass der vorliegende Gesetzentwurf fast im Widerspruch zum gegenwärtigen System stehe, da ausschließlich auf die Gewährung von Förderungen für die Familien gesetzt wird und nicht auch auf eine Senkung der Kosten, die für diese Dienste erforderlich sind. Dr. Mair schloss seine Ausführungen mit der Bemerkung, dass er die Bedeutung dieses Gesetzentwurfes zwar mittrage, insbesondere in dieser Zeit der Krise, jedoch eine zusätzliche Vertiefung der Materie für erforderlich halte, insbesondere was die im Gesetzentwurf enthaltene Initiative der Weiterbildungskurse für Arbeitslose anbelangt. Es handle sich nämlich um ein Kriterium, das in den geltenden Landesvorschriften noch nicht vorgesehen sei, wobei jedoch Artikel 35 des Dekrets des Landeshauptmanns vom 11. August 2000, Nr. 30, über die Sozialhilfemaßnahmen hervorzuheben sei. Dieses Dekret sieht nämlich eine Reihe von finanziellen und sozialen Betreuungsmaßnahmen vor, um die individuellen Fähigkeiten sowie die finanzielle Unabhängigkeit der Menschen im Rahmen einer Reihe von Maßnahmen zur sozialen Integration zu fördern.

In ordine a quanto fatto rilevare dalla consigliera Stocker, ossia sulla necessità di una maggiore uniformità dei contributi finanziari e delle rette dei servizi, ha chiarito che la politica perseguita dalla Giunta provinciale è quella di intervenire sulla riduzione dei costi oltre che quella di erogare contributi finanziari alle associazioni pubbliche e private attive in questo campo. Ha fatto presente che per l'anno 2008 la Provincia ha speso 6,2 milioni di euro per soli costi di gestione dei servizi organizzati dai comuni e dalle diverse associazioni private. La Provincia è intervenuta anche con contributi diretti alle famiglie, ad esempio sotto forma di concessione di un assegno mensile per ogni figlio fino a 3 anni d'età, assegno che è stato di recente elevato ad un importo di 100 euro. Per quanto riguarda poi la particolare situazione delle famiglie disagiate, ha sottolineato il fatto che accanto ai contributi per l'assistenza dei bambini, sono previsti anche interventi di assistenza economica sociale, quali, in questo specifico settore, la riduzione dei costi del servizio "Tagesmutter". Ha quindi osservato che quanto proposto dal disegno di legge sembra porsi quasi in contrasto con il sistema delineato dalla legislazione attualmente in vigore, laddove punti esclusivamente all'erogazione di contributi finanziari a favore delle famiglie e non anche ad una riduzione a monte dei costi necessari per questi servizi. Ha concluso affermando che pur condividendo il significato di tale proposta di legge, soprattutto in un periodo di crisi come quello attuale, ritiene necessario un approfondimento ulteriore della materia, soprattutto per quanto attiene all'iniziativa prevista dal disegno di legge di coinvolgere la persona disoccupata in un percorso formativo. Ha precisato infatti che si tratta di un criterio non ancora previsto dalla normativa provinciale pur evidenziando quanto già stabilito dall'articolo 35 del D.P.G.P. 11.08.2000, n. 30, in materia di assistenza sociale. Tale disposizione prevede infatti una serie di prestazioni di assistenza economico sociale finalizzate a favorire la promozione delle capacità individuali e l'indipendenza economica delle persone, nell'ambito di un programma di interventi di integrazione sociale.

In seiner Replik erklärte der Abgeordnete Urzi, den Anmerkungen der Kollegen in Bezug auf die erforderliche Senkung sowohl der Sozialkosten der angebotenen Einrichtungen und Dienste als auch der Tagessätze für die Inanspruchnahme dieser Dienste zuzustimmen. Er unterstrich weiters den innovativen Charakter des Gesetzentwurfs, der die Betreuung und den rein finanziellen Aspekt verbindet, wodurch der Zugang zu den Diensten für Kleinkinder und der Besuch von Weiterbildungskursen für die Eingliederung bzw. Wiedereingliederung in den Beruf oder den Verbleib am Arbeitsmarkt des arbeitslosen Elternteils gleichzeitig ermöglicht werden soll. Die geplanten Fördermittel sind daher nicht als Selbstzweck zu sehen, sondern als Hilfsmittel für das bereits beschriebene umfassendere Ziel. Abschließend betonte Urzi, dass sich diese Maßnahme in das zentrale Thema des gleichberechtigten Zugangs von Frauen zum Arbeitsmarkt und der beruflichen Karriere von Frauen einfüge. Dieser Aspekt dürfe nicht gesondert von den Bedingungen betrachtet werden, die die Familie und das Betreuungsbedürfnis der Kinder an die Frau stellen, die ihrerseits Freiräume braucht, um die Familie und die beruflichen und finanziellen Anforderungen unter einen Hut zu bringen.

Nach Abschluss der Generaldebatte wurde der Übergang zur Artikeldebatte des Landesgesetzentwurfes Nr. 20/09 mit 4 Ja-Stimmen (Abgeordnete Vezzali, Pöder, Egger und Dello Sbarba) und 5 Gegenstimmen (der Vorsitzenden Stirner Brantsch und der Abgeordneten Pardeller, Stocker, Egartner und Hochgruber Kuenzer) abgelehnt.

Der Kommissionsvorsitzende leitet den Gesetzentwurf gemäß Artikel 42 Absatz 4 der Geschäftsordnung an den Landtagspräsidenten weiter.

SP/bl

In sede di replica il consigliere Urzi ha dichiarato di condividere le osservazioni svolte dai colleghi in ordine alla necessità di ridurre sia i costi sociali delle strutture e dei servizi offerti, sia le rette per l'accesso a detti servizi. Ha voluto poi sottolineare l'aspetto innovativo proposto dal disegno di legge in esame, relativo all'aggancio tra il sostegno di tipo assistenziale e di natura prettamente economica, volto a consentire l'accesso ai servizi destinati alla prima infanzia, con il percorso formativo orientato all'inserimento, al reinserimento ovvero alla permanenza nel mercato del lavoro del genitore disoccupato. Il contributo previsto non deve quindi intendersi come fine a se stesso ma in quanto strumento di supporto in funzione dell'obiettivo più ampio già descritto. Ha precisato infine che ciò si inserisce nel tema centrale del diritto del genere femminile ad avere pari opportunità per l'accesso al lavoro e allo sviluppo del proprio percorso professionale. Tale tema non può essere scisso dalle condizioni naturali poste dalla famiglia e dal bisogno di assistenza dei figli rispetto ai quali la donna deve poter avere spazi per conciliare le esigenze familiari con quelle lavorative ed economiche.

A conclusione della discussione generale, il passaggio alla discussione articolata del disegno di legge provinciale n. 20/09 è stato respinto con 4 voti favorevoli (conss. Vezzali, Pöder, Egger und Dello Sbarba) e 5 voti contrari (Pres. Stirner Brantsch e conss. Pardeller, Stocker, Egartner e Hochgruber Kuenzer).

Ai sensi dell'articolo 42, comma 4, del regolamento interno il presidente della commissione trasmette il disegno di legge al presidente del Consiglio provinciale.

MGM/DG

DIE KOMMISSIONSVORSITZENDE / LA PRESIDENTE DELLA COMMISSIONE

- L.Abg. Veronika Stirner Brantsch -